

bvek e.V. · Geschäftsstelle · Kantstr. 88 · 10627 Berlin

An den Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
Herrn Sigmar Gabriel
11055 Berlin

bvek e.V. Geschäftsstelle
Kantstr. 88
10627 Berlin

Telefon: 030-3290096-5
Telefax: 030-3290096-6
E-Mail: Geschaeftsstelle@bvek.de

Ihr Zeichen
Dr. Weinreich

Ihre Nachricht vom
ohne Datum

Unser Zeichen
Ha/la

Datum
6.5.2008

„Gabriel Hand in Hand mit den Windfall Profiteuren“

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

für die Beantwortung unseres Schreibens in gleicher Angelegenheit vom 13.3.08 durch Ihren Referatsleiter Dr. Weinreich, ohne Datum, eingegangen am 18.4.08, bedanken wir uns.

Zunächst einmal bestätigt Ihr Haus mit dem Schreiben erstmals offiziell, dass es tatsächlich nicht beabsichtigt, mit der Versteigerung von Emissionsberechtigungen vor dem Jahr 2010 zu beginnen. Bisher konnte dies nur aus der Untätigkeit Ihres Hauses, zügig eine diesbezügliche Rechtsverordnung zu erarbeiten, vermutet werden.

Allerdings sind die hierzu in dem Schreiben Ihres Referatsleiters aufgeführten Gründe nicht überzeugend bis schlicht falsch. So ist der Verweis auf die derzeit auf europäischer Ebene diskutierten verschiedenen Möglichkeiten der Ausgestaltung von Zertifikatsauktionen, das Andauern des regen Austausches des BMU mit seinen europäischen Kollegen hierzu und das Abwarten auf das Ergebnis des diesbezüglichen Abstimmungsprozesses der Mitgliedsstaaten eine falsche Darstellung des tatsächlichen Sachverhaltes. Denn auf mein direktes Befragen Ihres Unterabteilungsleiters Schafhausen auf der AGE-Sitzung am 28.2.2008, hat dieser ausdrücklich klargestellt, dass es bei dem Workshop der Kommission zum Thema „Auktion“ ausschließlich um die Auktion von Emissionsberechtigungen in der 3. Handelsperiode ging. Auch die Präsentationen auf dem ECCP-Meeting am 11.4.08

bvek-Vorstand: Jürgen Hacker (Vorsitzender); Michael Kroehnert (stellv. Vorsitzender); RA Jan P. Dulce (Kassenwart); Dietrich Borst; RA Sebastian Jungnickel, (alle Berlin); Dr. Axel Michaelowa, Gockhausen / CH; Peter Ebsen, Oxford / UK

bezogen sich alle auf die 3. Handelsperiode. Diesem Meinungsbildungsprozess ist gerade nicht „gedient“, wenn bei ihm auf mögliche Erfahrungen von nationalen Versteigerungen in der 2. Handelsperiode verzichtet werden muss. Im Gegenteil, solche Erfahrungen wären für diesen Meinungsbildungsprozess äußerst wertvoll.

Auch der Versuch, den bvek-Entwurf einer Versteigerungsverordnung als „Schnellschuss“ zu diskreditieren, geht völlig fehl, hat doch der bvek alle substanziellen Regelungen dieses RV-Entwurfs bereits auf seinem Symposium am 20.6.2006 öffentlich vorgestellt und mit Fachleuten sowie den Berichterstattern aller im Bundestag vertretenen Fraktionen diskutiert. Unsere seinerzeitigen Vorschläge und deren Diskussion waren doch der Anstoß für alle Bundestagsfraktionen, auch Ihrer eigenen, sich letztlich für eine Versteigerung der Emissionsrechte im ZuG 2012 einzusetzen und Sie persönlich zu dem Eingeständnis vor dem Bundestag zu nötigen, „dazu gelernt zu haben“. Mit einem „Schnellschuss“ kann heute also keineswegs mehr argumentiert werden.

Außerdem verstehen Ihre Mitarbeiter immer noch nicht die Funktionsweise eines effizient arbeitenden Systems handelbarer Emissionsrechte bzw. wollen offenbar aus bestimmten Gründen dies nicht verstehen. Wie ich mehrfach, u.a. auch auf der UAG1-Sitzung der AGE am 15.11.2007 erläutert habe, kann eine Versteigerung die Effizienz des Systems dann wesentlich verbessern, wenn sie so ausgestaltet wird, dass sie dazu dient, die volkswirtschaftlichen Grenzvermeidungskosten herauszufinden. Denn an diese sollen sich die Anlagenbetreiber bei ihrem Emissionsverhalten idealerweise orientieren und nicht an dem von Spekulations- und sonstigen strategischen Interessen („Windfall Profits“!) verfälschten Marktpreis auf den Sekundärmärkten für Emissionsrechte. Da ich davon ausgehe, dass Ihnen Ihre Mitarbeiter meine diesbezügliche Präsentation vom 15.11.2007 nicht zugänglich gemacht haben, füge ich sie diesem Schreiben bei. Es würde mich freuen, wenn diese zu dem nötigen erneuten „Zulern-Effekt“ bei Ihnen beitragen würde.

In der Präsentation ist auch erläutert, dass wegen der Besonderheiten einer Versteigerung von nur 10 % der Emissionsberechtigungen eine Beschränkung der Teilnahme an den Versteigerungen notwendig ist. Diese bvek-Argumentation hat auch der deutsche Bundestag übernommen, indem er im ZuG 2012 in § 21 Abs. 2 Satz 3 festgelegt hat, dass

die Rechtsverordnung „Vorkehrungen gegen die Beeinflussung der Preisbildung durch das Verhalten einzelner Bieter treffen“ muss. Dieser gesetzlichen Vorgabe haben wir in unserem RV-Entwurf dadurch Rechnung getragen, indem wir die Teilnahme an den Versteigerungen auf THG-Anlagenbetreiber sowie die Höhe des Nachfragevolumens eines Betreibers begrenzt haben. Dadurch werden die Absprache marktmächtiger Bieter und die Gefahr von Preismanipulationen wirkungsvoll verhindert. Diese „bürokratischen Hürden“ sind daher keineswegs „unnötig“, sondern sogar gesetzlich geboten! Darauf geht Ihr Referatsleiter leider nicht nur nicht ein, sondern im Gegenteil, die von ihm offenbar für Versteigerungen ab 2010 präferierte unbegrenzte Zulassung von jedwedem Bieter würde genau zu diesen Manipulationen führen und widerspräche damit eklatant den Vorgaben des Bundestages im ZuG 2012. Diese von uns vorgesehenen Begrenzungen erübrigen sich erst dann, wenn alle oder zumindest der größte Teil der Berechtigungen versteigert werden, wie es in der 3. Handelsperiode vorgeschlagen ist.

Schließlich geht Ihr Referatsleiter auch völlig fehl bei der Beurteilung der Kapitalverkehrsfreiheit. Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, dass Emissionsberechtigungen keine Finanzierungsinstrumente i.S. von § 1 Abs. 11 des Kreditwesengesetzes sind (vgl. hierzu § 15 Satz 1 TEHG; Rundschreiben des BMFin – IV AS – S 7100 – 16/05 vom 2.2.2005 und IV AS – S 2134a – 42/05 vom 6.12.2005). Emissionsberechtigungen dienen primär dem Zweck der Pflichterfüllung der TEHG-Anlagenbetreiber und gerade nicht primär zu Kapitalanlagezwecken.

Ferner wird durch die Begrenzung der Teilnahme an den Versteigerungen die Kapitalverkehrsfreiheit überhaupt nicht tangiert. Die Versteigerung von Emissionsberechtigungen in den ersten zwei Handelsperioden stellt eine Option der Mitgliedsstaaten im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Allokation ihrer nationalen EU-Emissionsberechtigungen dar. Die Mitglieder haben das Recht, 100% ihrer Berechtigungen kostenlos auszugeben, allerdings ausschließlich an Betreiber von Anlagen, die in ihren Staaten unter das EU-ETS fallen. Die kostenlose Ausgabe an sonstige Empfänger ist unzulässig. Die Begrenzung der Allokation auf die TEHG-Anlagenbetreiber ist also der Referenzfall der Allokation. Die Begrenzung der entgeltlichen Abgabe eines kleinen Teiles der Berechtigungen nur an TEHG-Anlagenbetreiber weicht daher vom Referenzfall der Allokation nicht ab. Eine solche Begrenzung

auch bei den Versteigerungen ist zwar nicht zwingend vorgeschrieben, eine Beibehaltung der Begrenzung kann aber jedenfalls offensichtlich auch nicht unzulässig sein.

Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass die Nutzung von Emissionsberechtigungen zu Kapitalanlagezwecken auch bisher schon problemlos über die Sekundärmärkte möglich war und auch heute ist, obwohl noch keine einzige Versteigerung in Deutschland stattfand. Die Kapitalverkehrsfreiheit kann somit weder vom ob noch der Ausgestaltung von Versteigerungen abhängen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass keines der von Ihrem Referatsleiter vorgebrachten Argumente auch nur ansatzweise die Verschiebung des Beginns der Versteigerungen auf das Jahr 2010 begründet. Zu unserem Vorwurf, dadurch würden indirekt auch die Windfall Profits insbesondere der großen EVUs erhöht, wurde mit keiner Silbe eingegangen. Mit vielen Worten soll in dem o.a. Schreiben offensichtlich lediglich verdeckt werden, dass der wahre Grund verschwiegen wird – nämlich die Erwartung höherer Erlöse für das BMU durch den Verkauf der Berechtigungen über die KfW. Unsere Befürchtung wird durch das Schreiben Ihres Referatsleiters sogar noch bestärkt, will er doch auch für die Versteigerungen ab 2010 von einer Begrenzung der Missbrauchsmöglichkeiten nichts wissen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, Sie werden sicher verstehen, dass wir angesichts dieser Situation unsere Ansprache der Medien und der Bundestagsabgeordneten intensivieren werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Hacker
(Vorsitzender)

Anlage